



Antrag Nr. 6

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG)
an die 176. Vollversammlung der Arbeiterkammer Tirol
am 10.05.2019

Für die Vielen, nicht die Wenigen

Kleinunternehmen, EPUs, ArbeitnehmerInnen in Tirol – sie alle kommen ihrer Steuerverantwortung nach und leisten ihren fairen Beitrag. Einen Beitrag, der jedoch im Vergleich immens höher ist, als jener, den multinationale Konzerne beisteuern. Denn durch Steuerbetrug und –Hinterziehung entgehen den Mitgliedsstaaten der EU und damit auch den Tiroler_innen rund 1.000 Milliarden Euro an Steuereinnahmen pro Jahr. Die Gewinne der Konzerne steigen, während die Löhne der ArbeitnehmerInnen stagnieren und eben jenes Geld in den Staatskassen fehlt, das dringend für Entwicklung, Wachstum, Beschäftigung, Sozialleistungen und letztlich für eine finanzielle Entlastung der Menschen benötigt wird.

Längst ist bekannt und nachvollziehbar, wie sich multinationale Konzerne durch Gesetzeslücken Vorteile verschaffen und Milliarden an Steuern nicht wie vorgesehen, abtreten. Es braucht Maßnahmen gegen die Ungerechtigkeit, die durch die Umgehung von Steuern und Sozialabgaben von multinationalen Konzernen betrieben wird und Einsatz im Kampf gegen Konstrukte wie Briefkastenfirmen, Tochterunternehmensgeflechte und Steuerdumpingsysteme, die rein dazu dienen, Geld in die eigenen Konzernkassen zu wirtschaften.

Nur durch eine Offenlegung der wahren wirtschaftlichen Eigentümer von Unternehmen in einem europäischen oder internationalen Register und der Veröffentlichung der Gewinnerwirtschaftung sowie der Beschäftigten, können bewusst kompliziert gestaltete Unternehmens-Konstrukte durchschaut und offengelegt werden. Nur so ist es möglich, die tatsächlichen Schäden an der Allgemeinheit zu enthüllen. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt – das muss auch für Multinationale-Konzerne gelten!

Nur, wenn multinationale Steuern dort bezahlt werden müssen, wo Gewinne erwirtschaftet werden, kann langfristig Steuergerechtigkeit erreicht werden. Zahlungen in Steueroasen dürfen steuerlich nicht anerkannt werden, es braucht eine schwarze Liste jener Länder, die sich unkooperativ und intransparent verhalten mit damit verbundenen Konsequenzen. Es braucht umgehend ein Verbot für Briefkastenfirmen, deren Zweck Steuertrickserei und Umgehung von anderen Regeln ist, sowie ein Verbot der Trennung von Satzungs- und Verwaltungssitz eines Unternehmens. Schlüssel im Kampf für Steuergerechtigkeit ist aktive Transparenz – Unternehmen sollen der Öffentlichkeit berichten, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften und wo sie ihre Steuern zahlen (oder nicht). Whistleblower_innen müssen durch eine EU-weite

gesetzliche Regelung geschützt werden, Investigativ-Journalismus muss im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt werden.

Die 176. Vollversammlung der Arbeiterkammer Tirol fordert daher:

- Die Bundesregierung auf, sich für volle Transparenz sowie tatsächlicher Steuergerechtigkeit auf europäischer sowie nationaler Ebene einzusetzen.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'S' followed by a more complex, cursive-like mark.